

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 06.03.2012

Standortsuche und Standortgewinnung für Antennenmasten für das BOS-Digitalfunknetz – hier: Standort in der Gemeinde Mauern (Landkreis Freising) II

In der Gemeinde Mauern wird im Zuge des Aufbaus des BOS-Digitalfunknetzes seit 2008 ein Standort für einen TETRA-Funkmasten gesucht. Im Rahmen des Akquiseprozesses kam es in Absprache mit der Projektgruppe des Innenministeriums, der Firma telent GmbH, dem Landratsamt und der örtlichen Bürgerinitiative „TETRAFUNK-freies Mauern“ zu einer Beauftragung eines Standortgutachtens durch die Gemeinde. Dabei wurden vom Umweltinstitut München verschiedene Standorte untersucht. Die Projektgruppe des Innenministeriums wählte daraus drei Top-Standorte.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie genau lief das Dialogverfahren mit der Gemeinde Mauern nach Beauftragung des Umweltinstituts München zur Erstellung des o. g. Standortgutachtens ab?
2. Wann wurde die Gemeinde Mauern aufgefordert, Standorte zu benennen?
3. Welche Institutionen/Gruppen wurden in das Dialogverfahren einbezogen?
4. Wie genau bewertete die Projektgruppe des Innenministeriums (ggf. gemeinsam mit den überörtlichen und örtlichen BOS) die Top-3-Standorte im Vergleich zu den übrigen untersuchten Standorten hinsichtlich der Einsatztaktik?
5. Wie genau bewertete die Projektgruppe des Innenministeriums (ggf. gemeinsam mit den überörtlichen und örtlichen BOS) die Top-3-Standorte im Vergleich zu den übrigen untersuchten Standorten hinsichtlich der technischen Eignung?
6. Wie genau bewertete die Projektgruppe des Innenministeriums (ggf. gemeinsam mit den überörtlichen und örtlichen BOS) die Top-3-Standorte im Vergleich zu den übrigen untersuchten Standorten hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit?
7. Welches Kriterium gab letztlich den Ausschlag für die Wahl des jetzt vertraglich gesicherten Standortes?

Antwort

des Staatsministeriums des Innern

vom 19.04.2012

Zu 1.:

Das Umweltinstitut wandte sich an die Projektgruppe DigiNet mit der Bitte um Übermittlung der Standortdaten. Diesem Anliegen kam die Projektgruppe DigiNet nach.

Das Umweltinstitut hat ohne Beteiligung der Projektgruppe DigiNet sowie des gesamtverantwortlichen Standortmanagements eigene Standortalternativen vorgeschlagen.

Standorte, die aus Sicht des Umweltinstituts geeignet erscheinen, wurden der Projektgruppe DigiNet mitgeteilt und durch die Funknetzplanung überprüft. Das Ergebnis der funktechnischen Überprüfung wurde dem Umweltinstitut mitgeteilt.

Gespräche mit der Gemeinde selbst fanden im Vorfeld der jeweiligen Gemeinderatssitzungen statt.

Zu 2.:

Mit Schreiben vom 06.11.2008 an die kommunalen Spitzenverbände bat die Projektgruppe DigiNet des Staatsministeriums des Innern um Unterstützung bei der Standortgewinnung und um Übersendung von Standortvorschlägen durch die Gemeinden für ihre Gemarkungen.

Ende Januar 2011 informierte das Umweltinstitut die Projektgruppe DigiNet über deren Beauftragung durch die Gemeinde Mauern.

Zu 3.:

Nach Erkenntnissen des gesamtverantwortlichen Standortmanagements (GVS) waren in diesem Verfahren das Umweltinstitut, die Gemeinde Mauern, die örtliche Bürgerinitiative, die Projektgruppe DigiNet sowie das GVS selbst involviert.

Zu 4. und 5.:

In einem ersten Schritt wurden alle Standortalternativen, die Top-3- und die Alternativstandorte, einer funktechnischen Prüfung unterzogen. Erreicht die geprüfte Alternative das Versorgungsziel von mindestens 96% Flächenabdeckung, so ist diese funktechnisch geeignet und wird einer taktischen Prüfung durch die landkreisübergreifenden BOS unterstellt. Bei der taktischen Prüfung stehen die Versorgungsbrennpunkte, wie Wohnbebauung, sensible Lagesstätten, Unfallschwerpunkte etc. im Focus. Dieser Prozess ist für jeden Standort gleich.

Zu 6.:

Jeder Standort, die Top-3-Standorte sowie die Alternativvorschläge, durchlaufen das gleiche Bewertungsschema. Bei der mit dem Bund abgestimmten Wirtschaftlichkeitsbewertung

fließen die funktechnische und taktische Bewertung sowie die Realisierungskosten mit den Betriebskosten mit ein.

Zu 7.:

Den Ausschlag bei der Wahl des Standortes gibt das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (vgl. zu 6.). Dieses

Vorgehen ist mit dem Bund vereinbart, da dieser an den Kosten beteiligt ist.